

02.09.2014

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

„Vorweggehen beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge.“

I. Sachverhalt

Die Anhörung zum Antrag „Elektromobilität ermöglichen (Antr Drs 16/4827)“ der Fraktion der CDU zeigte erheblichen Handlungsbedarf im Hinblick auf den Ausbau der Elektromobilität in Nordrhein-Westfalen auf. Unter Experten besteht ein Konsens darüber, dass Elektromobilität ein wichtiger Bestandteil zukünftiger Mobilitätsinteressen ist.

Energiesystem und Mobilitätssystem wachsen dabei perspektivisch gesehen zu einer post-fossilen Gesamtstruktur zusammen, wie es Herr Georg Wilke vom Wuppertal Institut bei der Anhörung ausgedrückt. Der Beitrag der Elektromobilität zur CO₂-Vermeidung ist dabei von dem Anteil erneuerbarer Energien am Strommix abhängig.

Mit einer steigenden Anzahl an Fahrzeugen muss allerdings zwingend die entsprechende Ladeinfrastruktur anwachsen. Herr Thomas Kiel vom Städtetag NRW sagte hierzu, dass, wenn nicht die Ladeinfrastruktur im Vorhinein in die Städte gelegt werde, werde dies auch nicht vom entsprechenden Wachstum des Marktes begleitet werden. Die technische Einbindung der Ladeinfrastruktur in das Netz ist derzeit möglich und auch gewährleistet, wie Herr Sven Spurmann vom Institut für Energiesysteme, Energieeffizienz und Energiewirtschaft der TU Dortmund den Abgeordneten erklärte.

Die Entwicklung der Elektromobilität ist von engagierten Demonstrationsprojekten abhängig, da diese eine besondere Signalwirkung haben und einen Beitrag zur Akzeptanz der Elektromobilität insgesamt liefern können, wie u.a. Herr Dr. Frank-Michael Baumann von der EnergieAgentur.NRW während der Anhörung betont hat. Aufgrund der besonderen Vorbildfunktion der Landesregierung, wurde eine Umstellung der Stromversorgung von Landesgebäuden auf Ökostrom bereits beschlossen. In Bezug auf die Elektromobilität ist es nun zwingend der nächste Schritt, Ladestationen für Elektrofahrzeuge bei Parkplätzen der Landesregierung einzurichten.

Werden diese Ladestationen, wo es möglich ist, auch öffentlich zugänglich gemacht, wird neben der Signalwirkung auch ein Beitrag zum Aufbau der dringend notwendigen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge geleistet. Auch wird eine Grundlage für weitere Schritte, wie die Anschaffung von Elektrofahrzeugen für den Fuhrpark des Landes, gelegt.

Datum des Originals: 02.09.2014/Ausgegeben: 02.09.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Der Landtag stellt fest:

Durch den Umstieg auf elektrisch betriebene Fahrzeuge kann mittelfristig ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Um ihn attraktiver zu machen ist ein Ausbau der Ladeinfrastruktur notwendig. Hier kann das Land NRW seiner angestrebten Vorbildrolle gerecht werden und selbst durch die Errichtung und den Betrieb von Ladestationen die Voraussetzungen verbessern.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

bei dem BLB-NRW darauf hinzuwirken, dass bei landeseigenen Gebäuden, sofern dort Parkmöglichkeiten vorhanden sind, bei 10 Prozent der PKW-Abstellplätze Ladestationen für Elektrofahrzeuge errichtet werden. Diese sollen sofern keine grundsätzlichen Hindernisse, etwa Sicherheitsinteressen bestehen, außerhalb der Dienstzeiten auch öffentlich zugänglich sein. Die Umsetzung der Maßnahme soll in einem Zeitraum von fünf Jahren erfolgen, ein jährlicher Bericht über den Stand der Realisierung ist vorzusehen.

Dr. Joachim Paul
Marc Olejak
Kai Schmalenbach

und Fraktion